



Im Durchschnitt läuft es scheinbar gut

Von Friederike Spiecker | 11.06.2019 (editiert am 12.06.2019)

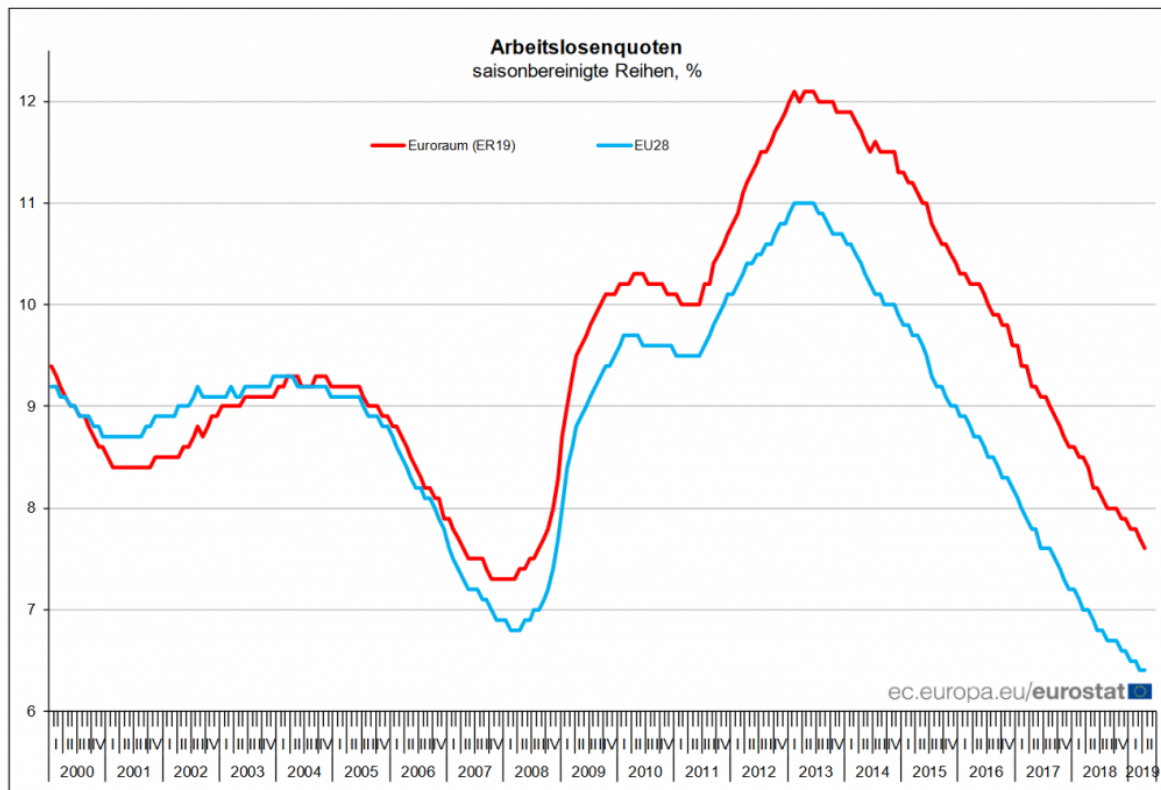
Die neuesten europäischen Arbeitslosenzahlen im Euroraum werden als die niedrigste Quote seit August 2008 gefeiert. Doch löst man sich von der Durchschnittsbetrachtung, tritt der Sprengstoff der Zahlen zu Tage.

Sie kennen sicher den Statistiker-Witz: Wer die Hände auf die heiße Herdplatte legt und mit den Füßen im Eiswasser steht, der befindet sich hinsichtlich der Temperatur in einer Wohlfühlzone, jedenfalls im Durchschnitt.

So ähnlich ist es mit den aktuellen Zahlen zum europäischen Arbeitsmarkt für April 2019, die Eurostat gerade veröffentlicht hat. Die Arbeitslosenquote im Euroraum ist saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat noch einmal um einen Zehntelprozentpunkt auf 7,6% zurückgegangen: „Das ist die niedrigste Quote, die seit August 2008 im Euroraum verzeichnet wurde.“, schreibt das Amt [in seiner Pressemitteilung](#). Und die Quote in der EU liegt noch tiefer, nämlich bei 6,4%.

Weiter heißt es: „Von den Mitgliedstaaten verzeichneten Tschechien (2,1%), Deutschland (3,2%) und die Niederlande (3,3%) im April 2019 die niedrigsten Arbeitslosenquoten. Die höchsten Quoten registrierten Griechenland (18,5% im Februar 2019), Spanien (13,8%) und Italien (10,2%). Über ein Jahr betrachtet fiel die Arbeitslosenquote im April 2019 in allen Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Luxemburg und Polen, wo sie unverändert blieb, während ein Anstieg in Dänemark (von 5,2% auf 5,3%) verzeichnet wurde. Die stärksten Rückgänge wurden in Griechenland (von 20,6% auf 18,5% zwischen Februar 2018 und Februar 2019), Estland (von 6,0% auf 4,1% zwischen März 2018 und März 2019) und Spanien (von 15,6% auf 13,8%) registriert.“

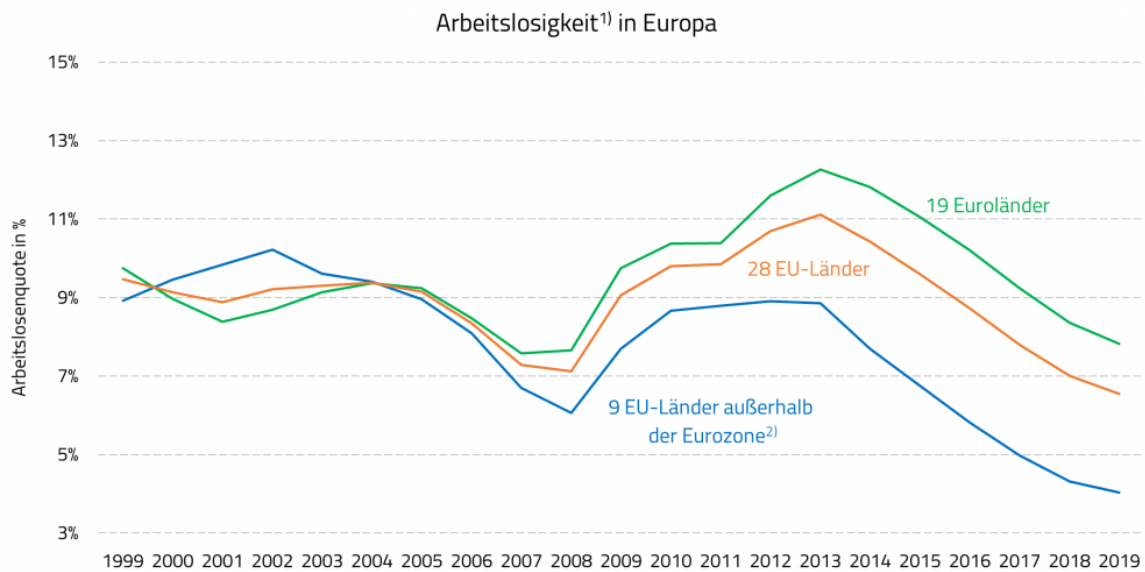
Abbildung 1



Diese Meldung findet in den Zeitungen dank der politischen Turbulenzen, die das Ergebnis der Europawahl in Deutschland ausgelöst hat, nur wenig Platz und wird eher lapidar zusammengefasst, so zum Beispiel [in der Süddeutschen Zeitung](#): „Seit der Hochphase der Euroschuldenkrise 2013 hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt der Eurozone stark verbessert.“ Wir befinden uns also auf dem Weg in die Wohlfühlzone, von der eingangs die Rede war. Eurostat illustriert den steilen Weg in diese Zone:

Dem Betrachter fällt an diesem Bild auf, dass die Arbeitslosigkeit zu Beginn der Europäischen Währungsunion (EWU) im Durchschnitt des Währungsraums und im Durchschnitt der gesamten EU fast gleich war und sich bis zum Beginn der Finanzkrise mehr oder weniger parallel entwickelte. Erst ab 2008 stellte sich ein größerer Abstand beider Gruppenschneitel ein: Innerhalb der EWU läuft es seither deutlich schlechter als in der EU insgesamt. Das heißt, in den neun EU-Ländern, die nicht dem Währungsraum angehören, herrscht eine deutlich geringere Arbeitslosigkeit als in der Eurozone, wie man der folgenden Abbildung entnehmen kann (sie basiert auf Jahresdurchschnitten statt auf Monatswerten, daher die leichten Abweichungen gegenüber Abbildung 1):

Abbildung 2



¹⁾ Arbeitslosenquote: Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen, Jahresdurchschnitte; Angabe 2019: saisonbereinigter Wert für April.

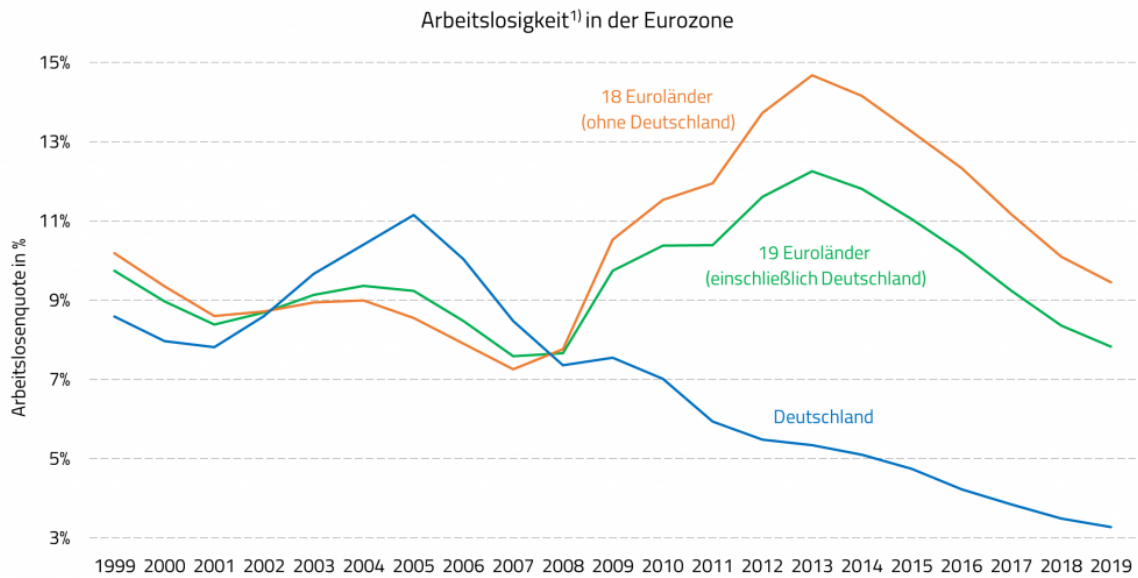
²⁾ Bulgarien, Dänemark, Kroatien, Polen, Rumänien, Schweden, Tschechien, Ungarn, Vereinigtes Königreich.

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.

Das ist sonderbar, erinnert man sich an die großartigen Prognosen, mit denen die Einführung des Euro einherging: Der Handel innerhalb des großen Währungsraums sollte aufgrund des gemeinsamen Zahlungsmittels aufblühen und der handelsbedingt gesteigerte Wettbewerb die Investitionsdynamik beleben zum spürbaren Vorteil der Mitglieder etc. Warum hat sich das nicht an den Arbeitsmärkten ausgezahlt? Warum stehen die EU-Länder *außerhalb* des Währungsraums in Sachen Arbeitslosigkeit im Schnitt besser da als die innerhalb der Eurozone?

Rechnet man gar das gemäß Arbeitslosenzahlen derzeit erfolgreichste europäische Land, nämlich Deutschland, aus dem Aggregat der 19 EWU-Länder heraus, wird diese Frage noch dringlicher. In Abbildung 3 sieht man, wie der EWU-Durchschnitt der Arbeitslosenquote in die Höhe schnellt, wenn man Deutschland aus dieser Durchschnittsberechnung herausnimmt. Dann ist es sofort vorbei mit der Erfolgsmeldung, man habe die niedrigste Arbeitslosenquote erreicht, die seit August 2008 im Euroraum verzeichnet wurde.

Abbildung 3

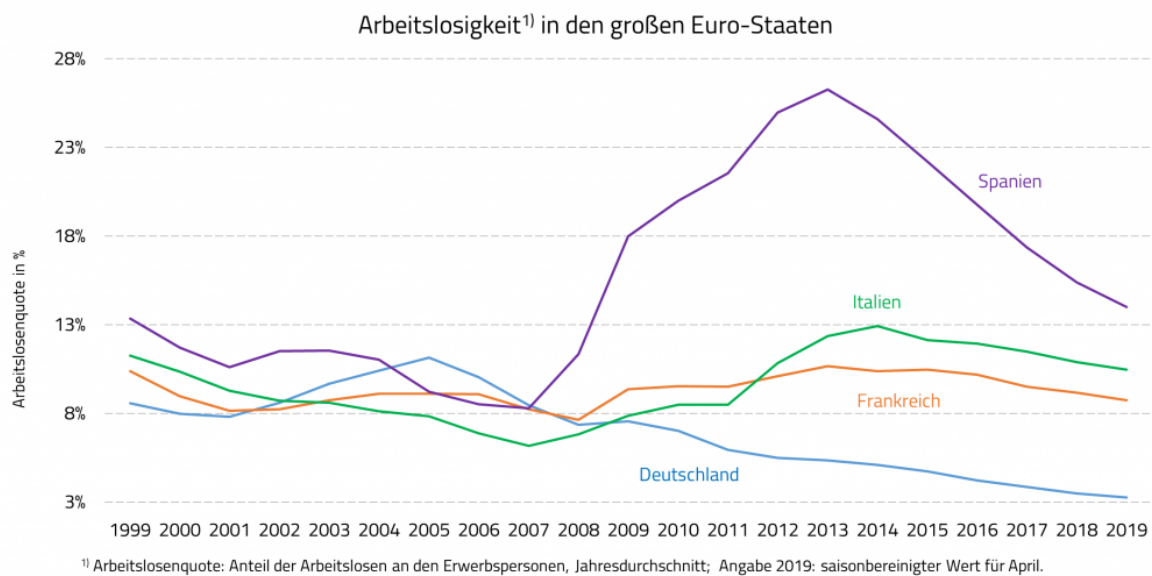


¹⁾ Arbeitslosenquote: Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen, Jahresdurchschnitte; Angabe 2019: saisonbereinigter Wert für April.

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.

In der Eurozone suchen über 12,5 Millionen Menschen Arbeitsplätze. 2,3 Millionen Arbeitslose sind unter 25 Jahre alt. Löst man sich ganz von der Durchschnittsbetrachtung, tritt der Sprengstoff offen zu Tage, der in diesen Zahlen steckt: Während Deutschlands Arbeitsmarkt vergleichsweise brummt (die von Eurostat berechnete Arbeitslosenquote beläuft sich auf derzeit 3,2%), schlagen sich Deutschlands drei größte Europartner Frankreich, Italien und Spanien mit Arbeitslosenquoten von 8,7% beziehungsweise 10,2% und 13,8% herum. Das war nicht immer so, wie man Abbildung 4 entnehmen kann. (Leider muss man die Skalierung der vertikalen Achse in Abbildung 4 gegenüber der in Abbildung 2 und 3 ändern, da sonst die extremen Werte für Spanien nicht dargestellt werden können.)

Abbildung 4



Zu Beginn der Eurozone lagen die Arbeitslosenquoten der vier großen Euroländer nur knapp 5 Prozentpunkte auseinander, ja sie näherten sich bis 2007 auf weniger als $2\frac{1}{2}$ Prozentpunkte einander an bei insgesamt sinkendem Niveau. Doch dann ging die Schere zwischen den vier Ländern weit auf, am weitesten 2013 mit über 20 Prozentpunkten zwischen Deutschland und Spanien. Deutschland entwickelte sich ab 2008 nicht mehr parallel zu den anderen, sondern in die entgegengesetzte Richtung: Hierzulande war die Arbeitslosigkeit rückläufig, bei den Partnern wuchs sie. Zwar hat die Diskrepanz zwischen den vier Ländern nach 2013 wieder abgenommen, ist aber mit über 10 Prozentpunkten heute noch doppelt so hoch wie zu Beginn der EWU.

(Zugegeben: Auch zwischen den neun EU-Ländern außerhalb der EWU nahm die Divergenz der Arbeitslosenquoten nach der Finanzkrise zu. Offenbar hat die Krise auch diese Länder unterschiedlich hart getroffen. Aber die Divergenz ist seit ihrem Höhepunkt 2014 mit „nur“ 11 Prozentpunkten Abweichung auf derzeit 5 Prozentpunkte gesunken und damit deutlich unter den Wert zu Beginn der EWU.)

Man erinnere sich: Die zwischen 2000 und 2005 von 8 auf über 11 Prozent (nach Berechnung von Eurostat) steigende Arbeitslosigkeit in Deutschland führte zu einem Regierungswechsel. Frankreich kämpft *seit zehn Jahren* mit einer Arbeitslosenquote von im Schnitt 10 Prozent, Italien mit einer von im Schnitt 11 Prozent, von Spanien ganz zu schweigen. Natürlich sind sinkende Quoten ein Silberstreif am Horizont. Aber niemand würde das von 40 auf 39 Grad sinkende Fieber bei einem Schwerkranken als sicheres Zeichen seiner Genesung interpretieren und ihm unterstützende Medikamente verweigern, weil jeder weiß, dass langanhaltendes hohes Fieber den Körper schwächt.

Es wäre doch naiv zu glauben, dass dieses langanhaltende, insgesamt eben sehr hohe Niveau der Arbeitslosigkeit keine politischen Spuren in den betroffenen Gesellschaften hinterließ und man ruhig weitere sechs Jahre zuwarten könne, bis sich die Arbeitslosigkeit dort ohne Änderung der bisherigen

europäischen und vor allem der deutschen Politik irgendwie von allein wieder auf ein erträgliches Maß reduziert. Wenn es eines Beweises bedurfte, dass es so nicht weiter geht, dann haben ihn die Ergebnisse der Europawahlen in Frankreich und Italien erbracht.

Nimmt man noch die Zahlen zur Jugendarbeitslosigkeit in unseren drei großen Europartnerländern hinzu, wird das Bild endgültig erschreckend: Die Quoten der Jugendarbeitslosigkeit betragen laut Eurostat zurzeit in Frankreich 20%, in Italien 31% und in Spanien 33%. Hierzulande liegt die Jugendarbeitslosigkeit mit 5,3% mit Abstand auf dem niedrigsten Niveau in der gesamten EU.

Auf den deutschen Wahlplakaten zur Europawahl vor knapp zwei Wochen waren Slogans der Regierungsparteien zu lesen wie „Europa ist die Antwort“, „Kommt zusammen für ein soziales Europa“ (SPD), „Unser Europa sichert Frieden“, „Ein Europa für Frieden und Wohlstand“ (CDU). Wie passt das zusammen? Wenn Europa für Deutschland tatsächlich mehr als nur ein ökonomisches Schlachtfeld ist, auf dem deutsche Politiker wie siegreiche Generäle herumlaufen und anderen erklären, was sie falsch gemacht haben, dann muss diese Diskrepanz der Arbeitsmärkte thematisiert und vorurteilsfrei analysiert werden, um *gemeinsam* einen gangbaren Weg aus dem Tal zu suchen, in dem sich vor allem die drei genannten großen Volkswirtschaften befinden.

Wer bei dem existenziellen Thema Arbeitslosigkeit erklärt, jedes Land der Eurozone sei für sich selbst zuständig (um nicht zu sagen: an seiner Arbeitslosigkeit selbst schuld), müsse sich an den Fiskalpakt halten und käme sicher auf einen grünen Zweig, wenn es nur seine u.a. von der EU-Kommission aufgetragenen Hausaufgaben in Sachen Reformen und Flexibilisierung erledige, der straft die zitierten Wahlslogans Lügen. (Der wird – kleiner Hinweis an die deutschen Grünen – übrigens auch keine Solidarität in Sachen Klimaschutz zwischen den Europäern organisiert bekommen.)

Italien ausgerechnet jetzt nach der Wahl, aus der die rechtsgerichtete Lega gestärkt hervorgegangen ist, mit einem Defizit-Verfahren zu drohen mit der Begründung, Regeln gälten eben für alle, zeigt, wie wenig in Brüssel und Berlin die Brisanz der Lage verstanden wird. Auf den Brüsseler Personalpoker bei der Besetzung europäischer Spitzenämter als Puffer zu hoffen, der ein Auseinanderfallen der EWU verhindert, ist keine gute Strategie. Denn dieses Pokerspiel bestätigt nur alle Politiker an den extremen Rändern des politischen Spektrums in ihrer Überzeugung, dass es den Eliten in erster Linie um ihre Pfründe geht und nicht um das Wohl der Bevölkerung.

Selbstverständlich müssen Regeln für alle gleich angewendet werden. (Zur Erinnerung: In den Jahren 2002 bis 2005 und 2009/2010 hat auch die deutsche Haushaltspolitik gegen die Regeln der Währungsunion verstoßen. Die entsprechenden Vertragsverletzungsverfahren wurden jedoch eingestellt.) Nur, wenn diese Regeln ganz offensichtlich schaden – und zwar kurz- und langfristig –, dann muss man doch über ihre Angemessenheit offen diskutieren mit dem Ziel, sie sinnvoll zu verändern, statt sie auf Biegen und Brechen durchzusetzen. 10 Jahre nach der Finanzkrise ist die Testphase, ob der Fiskalpakt und die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte zu einer hinreichenden Stabilisierung der französischen, italienischen und spanischen Volkswirtschaft geführt haben, eindeutig vorbei. Was aus logischen Gründen immer schon klar war, nämlich dass es für die drei großen Europartnerländer nicht möglich ist, den deutschen Merkantilismus durch Gürtel-enger-Schnallen erfolgreich zu kopieren, das zeigt sich in den Daten überdeutlich.

Wer davon träumt, Europa anhand von Durchschnittszahlen eine Erfolgsstory nachweisen zu können, der muss sich nicht wundern, wenn er mit verbrannten Händen und erfrorenen Füßen aufwacht.

Es gibt da außerdem noch ein déjà-vu im Zusammenhang mit Durchschnittswerten: Dem EZB-Präsidenten Jean-Claude Trichet wurde 2011 der Karlspreis [mit folgender Begründung](#) verliehen: „Die Europäische Zentralbank hat das Stabilitätsversprechen der Gründungsväter des Euro eingehalten.“ Nur lagen die Steigerungsraten der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten der EWU-Mitgliedsländer und damit ihre nationalen Inflationsraten bereits seit Jahren so weit auseinander, dass sich massive Handelsungleichgewichte aufgebaut hatten. Der Inflationsrate der EWU sah man dieses Problem nicht an, sie ist eben nur ein Durchschnittswert. Umso größer das Erstaunen vieler, als kurz darauf dieser Durchschnittswert absackte und sich bislang weder durch die Nullzinspolitik noch das milliardenschwere Anleihen-Ankaufprogramm der EZB wieder auf das gewünschte Niveau hieven lässt.

Beide Themen hängen eng zusammen. Darüber sollten deutsche Politiker mehr nachdenken als über die Besetzung von Spitzenämtern in Berlin, Brüssel und Frankfurt. Es würde die Glaubwürdigkeit ihrer Beteuerungen, Europa liege ihnen am Herzen, erhöhen.

Über den Autor



Friederike Spiecker ist Diplom-Volkswirtin und lernte das Handwerkszeug zur theoretischen und empirischen Makroökonomie am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Heute arbeitet sie als freie Wirtschaftspublizistin und ist in der wirtschaftspolitischen Beratung von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden tätig.

Veröffentlicht am: 11.06.2019 | Editiert am: 12.06.2019

Erschienen unter: <https://makroskop.eu/2019/06/im-durchschnitt-laeuft-es-scheinbar-gut/>